

# Einige Bemerkungen zur deutschen Ostforschung und ihrem Bild der polnischen Geschichte des 19. Jahrhunderts

von

Hans Henning Hahn

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob man bei dem Nachweis der politischen Instrumentalisierung von Wissenschaft am Beispiel der deutschen Ostforschung nicht mehr tue, als mit Vehemenz und möglichst effektiv offene Türen einzurennen. Es scheint, als ob die Indienstnahme und freiwillige Indienststellung der Ostforschung durch staatliche Stellen bzw. politische Bewegungen einerseits und durch die Ostforscher andererseits von niemandem mehr ernsthaft bezweifelt werden, wenn sie auch lange Zeit eher schamhaft verschwiegen wurden. Man könnte also sagen, daß der ideologiekritische Ansatz einer Geschichte der deutschen Ostforschung insofern obsolet geworden sei, als er „self-evident“ sei.

Eine simple Beobachtung allerdings mutet doch seltsam an, nämlich daß es eines Anstoßes von außen, des Buches des englischen Historikers Michael Burleigh<sup>1</sup> bedurfte, damit die kritische Erforschung der Geschichte der Ostforschung in Deutschland wieder aufgenommen wurde. Das soll nicht heißen, daß bis dahin in der deutschen Wissenschaft die Ostforschung in ungebrochener Kontinuität vorgeherrscht habe, aber wirklich erforscht, wenn wir einmal von einigen Arbeiten aus der DDR<sup>2</sup>, die sich leider meist schon durch ihren Jargon disqualifizierten, absehen, wird die Ostforschung doch erst seit einem Jahrzehnt (allerdings mit einigen Vorläufern<sup>3</sup>). Personelle und konzeptionelle Kontinuitäten waren offensichtlich nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland so stark, daß sich zwar in den letzten Jahrzehnten ein Wandel vollzog, aber ohne die „alte“ und doch noch so lange praktizierte Ostforschung einer wissenschaftlichen Untersuchung im Einzelnen zu unterziehen. Meist verhält es sich in unserer Wissenschaft offensichtlich so, daß Dinge erst dann im Detail aufgearbeitet werden, wenn man von ihnen durch eine wie auch immer geartete Zäsur getrennt wird.

---

<sup>1</sup> MICHAEL BURLEIGH: *Germany Turns Eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich*, Cambridge u.a. 1988.

<sup>2</sup> Vgl. als Bestandsaufnahme: *Osteuropa in der historischen Forschung der DDR*, hrsg. von MANFRED HELLMANN, 2 Bde., Düsseldorf 1972.

<sup>3</sup> WERNER PHILIPP: Nationalsozialismus und Ostwissenschaften, in: *Nationalsozialismus und die deutsche Universität*, Universitätstage 1966 (Veröff. der Freien Universität Berlin), Berlin 1966, S. 43–62; CHRISTOPH KLESSMANN: *Osteuropaforschung und Lebensraumpolitik im Dritten Reich*, in: *Wissenschaft im Dritten Reich*, hrsg. von PETER LUNDGREN, Frankfurt 1985, S. 350–383; daneben auch einige Arbeiten von WOLFGANG WIPPERMANN.

Michael Burleighs bemerkenswertes Buch, wie ergänzungsbedürftig es auch immer sein mag, hat in Deutschland eine ambivalente bis ablehnende Rezeption gefunden<sup>4</sup>; man liebt den Blick von außen bei Themen, mit denen wir uns selbst schwer tun, offensichtlich nicht, und der Vorwurf der mangelnden Differenziertheit mutet, wenn man sich anschaut, wieviel ansonsten in der Bundesrepublik Deutschland von Osteuropahistorikern über die Rolle der Ostforschung im Dritten Reich und zuvor gearbeitet und publiziert wurde, doch etwas seltsam an. Leider hat sich bis heute kein Verleger gefunden, der den Mut gehabt hätte, dieses Buch auf deutsch herauszubringen.

Ein in den Rezensionen zu Burleighs Buch und anderen Arbeiten (z. B. der sog. „Hamburger Schule“) oft anzutreffender Vorwurf lautet, das politische Gewicht und der unmittelbare Einfluß der Ostforschung und ähnlicher Wissenschaften auf die politische Praxis und auf die Propaganda des NS-Regimes sowie auf die Besatzungspolitik 1939–45 würden überschätzt und seien eher gering einzuschätzen. Nun mag man zwar darüber streiten, welcher Stellenwert der intellektuellen Legitimierung von Herrschaftspraxis welcher Art auch immer einzuräumen ist, aber die Frage scheint hier von der falschen Seite gestellt. Denn es geht nicht um die Frage, ob die nationalsozialistische Praxis in Deutschland und anderswo diese legitimatorische Tätigkeit von Wissenschaftlern notwendig gebraucht hätte, sondern darum, wieso und warum diese Wissenschaftler, stellvertretend für einen wichtigen Teil der „geistigen Elite“ der deutschen Nation, sich bzw. ihre Arbeiten so problemlos und mit einer „unerträglichen Leichtigkeit“ dem Regime anpassen konnten, ja die politischen Ziele des nationalsozialistischen Deutschland als die Verwirklichung ihrer eigenen Vorstellungen ansahen. So schrieb Manfred Laubert im Vorwort zur zweiten Auflage seiner Geschichte der preußischen Polenpolitik 1942: Heute, da frühere Erwartungen „durch den Feldzug der 18 Tage [gemeint ist die Eroberung Polens] und den Gestaltungswillen des Führers überraschend schnell und über alle Hoffnungen hinaus erfüllt worden“ sind, „drängt sich der neue [Zweck seines Buches] hervor, Wegweiser für die gewaltigen Aufgaben zu sein, die der Deutschen im Ostraum harren und bei deren Lösung die Kenntnis der Erfolge und Mißerfolge, der Förderungen und Fehler in der Vergangenheit unerlässlich ist, wenn wir Irrwege und Rückschläge vermeiden wollen“.<sup>5</sup>

Der Hinweis, der Stellenwert der Wissenschaft und somit auch der Ostforschung im Dritten Reich sei nicht so groß gewesen, verkleinert in keiner Weise Aussagen über die mentalen, weltanschaulichen und intellektuellen Dispositionen dieser Wissenschaftler für Ideologie und Praxis, in toto oder partiell,

<sup>4</sup> GOTTHOLD RHODE, in: ZfO 40 (1991), S. 89–92; REINHARD SCHRÖDER, in: Das Historisch-Politische Buch 37 (1989), S. 113; STEFAN TROEBST, in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 602–605; positiv dagegen DIETRICH BEYRAU, in: Histor. Zs. 251 (1990), S. 482f.

<sup>5</sup> Zit. nach MANFRED LAUBERT: Die preußische Polenpolitik von 1772–1914, 3. verb. Auflage, Krakau 1944, S. 7.

des Nationalsozialismus, und auf den Hinweis, das Dritte Reich habe „weder eine spezifisch nationalsozialistische Osteuropa-Historiographie hervorgebracht noch eine deutschumszentrierte Ostforschung begründet“<sup>6</sup>, kann man eigentlich nur antworten: um so schlimmer, eben darum ist ja nach 1945 eine Kontinuität möglich gewesen, aus der Annahme heraus, daß nicht die Kritik der alten Konzepte und ihrer desaströsen Realisierung, sondern die Tatsache, daß man den Krieg verloren habe, der Angelpunkt eines Neuanfangs der Ostforschung sein müsse.

Insofern gibt es eine Analogie zwischen der Rezeption des Buches von Michael Burleigh über die Ostforscher und der Reaktion auf Daniel Goldhagens Buch über die Täter des Holocaust.<sup>7</sup> Und ähnlich wie Goldhagen neue mentalitätsgeschichtliche Fragen stellt und offensichtlich kaum jemand seiner deutschen Kritiker<sup>8</sup> begriffen hat, daß es methodisch wenig sinnvoll ist, in der Mentalitätsgeschichte exakt quantifizierbare Ergebnisse zu erwarten und einzufordern, weil die Fragen anders gestellt und das methodische Vorgehen auf andere Ergebnisse zielt, so sollte es auch in einer künftigen differenzierenden Behandlung der Ostforschung nicht um eine irgendwie geartete konkrete Meßbarkeit der politischen Folgen gehen (als ob der Hinweis, die nationalsozialistischen Machthaber hätten sich von den Ausführungen der Ostforscher nicht beeindrucken lassen, diese in irgendeiner Weise exkulpieren würde – es sei denn, wir gewöhnen uns an, das, was deutsche Professoren von sich geben, einfach für irrelevant zu erklären und damit die Ernennung zum Universitätsprofessor gleichzusetzen mit der Bescheinigung der Unzurechnungsfähigkeit). Vielmehr muß die Mentalität der Wissenschaftler im Zentrum stehen, ihre wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Grundannahmen, ihre Konzepte und ihre Methoden und ihr Wissenschaftsverständnis, das ihnen u. a. erlaubte, ihre Verirrungen von vor 1945 als verzeihliche Ausrutscher zu betrachten, die mit dem wissenschaftlichen Kern ihrer Arbeiten nichts zu tun gehabt hätten und die man doch besser schamhaft übergehen solle, Wissenschaftler, die es aber doch keineswegs als ehrenrührig betrachteten, „wissenschaftliche Kampfschriften“<sup>9</sup> veröffentlicht zu haben. So kann es auch nicht angehen, etwas naiv zwischen den wissenschaftlichen Ergebnissen und den po-

<sup>6</sup> STEFAN TROEBST: Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich, in: Archiv für Sozialgeschichte 31 (1991), S. 599–605, hier S. 604.

<sup>7</sup> Ähnliches gilt für die aufgeregte Reaktion auf das Historiographiekapitel im neuesten Buch von GÖTZ ALY: Macht – Geist – Wahn. Kontinuitäten deutschen Denkens, Berlin 1997, S. 153–183.

<sup>8</sup> Mit Ausnahme von INGRID GILCHER-HOLTEY: Die Mentalität der Täter, in: Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, hrsg. von JULIUS H. SCHOEPS, Hamburg 1996, S. 210–213 (ursprünglich in: DIE ZEIT vom 7. Juni 1996).

<sup>9</sup> So schrieb LAUBERT von seinem Buch, es sei „zunächst als wissenschaftliche Kampfschrift gegen das Versailler Diktat und als Mahnwort für das deutsche Volk gedacht“ – LAUBERT, Polenpolitik (wie Anm. 5), S. 7.

litischen und weltanschaulichen Motivationen der deutschen Ostforscher zu unterscheiden, als ob die Ergebnisse so unabhängig von solchen Konzepten wie „Volksboden“ und „Kulturträgerfunktion“ existieren könnten. Eine exakte Trennung zwischen wissenschaftsimmanenten und wissenschaftsexternen Aspekten oder Faktoren ist unmöglich – Wissenschaft, und vor allem Geschichtswissenschaft, ist kein „closed shop“.

Liest man heute in Erich Keyser's „Geschichtswissenschaft“, einem „Konzept einer reformierten Geschichtswissenschaft“ und einer „breitangelegten Monographie über Aufbau und Aufgaben der historischen Disziplin“<sup>10</sup>, die Sätze: „Der Historiker ist ein Denker, nicht ein Täter. Indem er die Vergangenheit für die Gegenwart neu gestaltet, macht er wohl Kräfte für die Zukunft frei. Aber es ist nicht seine Sache, sie zu leiten. Er hat als Gelehrter darauf keinen Anspruch; er mag sich an ihnen, wenn es ihn drängt, außerhalb seiner Wissenschaft versuchen“<sup>11</sup>, dann kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, als hätten die deutschen Historiker und vor allem die Ostforscher sich quasi im voraus einen Persilschein *avant la lettre* ausgestellt. „Gedrängt“ hat „es“ doch viele von ihnen, und Rechtfertigungsstrategien standen offensichtlich auch schon von Anfang an zur Verfügung.

Eine historiographiegeschichtliche Erforschung der Ostforschung ist also keine wissenschaftsimmanente Angelegenheit, sie kann sich aber auch nicht auf eine demaskierende Ideologiekritik allein beschränken. Gefragt werden muß nach den mentalitätsgeschichtlichen und geistesgeschichtlichen Voraussetzungen oder besser Ermöglichungsfaktoren; gefragt werden muß auch nach den Folgen; bei der Frage nach den Folgen geht es nicht nur um die direkt nachweisbaren politischen Kausalitäten, sondern um die Vorstellungen und Bilder, die da gemalt, formuliert, geprägt worden sind. Denn es ist ein Denkfehler, wenn man glaubt, daß mit der Entlarvung der Ostforschung als ideologisch sowie weltanschaulich und politisch interessegeleitet sofort auch die von ihr produzierten Bilder verschwunden wären. Im Gegenteil, diese sind, das haben Stereotypen so an sich, weiterhin wirksam und ungeheuer resistent. Traditionskritik kann in unserer Wissenschaft nicht wissenschaftsimmanent bleiben, denn die tradierten Bilder und Vorstellungen können länger wirksam bleiben als die tradierten Methoden, Ideologeme und Begrifflichkeiten.

Die Grundannahmen und Zielvorgaben der Ostforschung implizieren, daß die polnische Geschichte selbst und vor allem die Geschichte Polens im

<sup>10</sup> WILLI OBERKROME: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945, Göttingen 1993, S. 143.

<sup>11</sup> ERICH KEYSER: Die Geschichtswissenschaft. Aufbau und Aufgaben, München, Berlin 1931, S. 28. In Keyser's Entwurf nahm die „Bevölkerungsgeschichte“ und in ihr „das Grenz- und Auslandsdeutschum und seine Erforschung“ breiten Raum ein; eine „Würdigung“ s. bei HERMANN AUBIN: Zu den Schriften Erich Keyser's, in: Studien zur Geschichte des Preußenlandes. Festschrift Erich Keyser, hrsg. von ERNST BAHR, Marburg 1963, S. 1–11, hier S. 7f.

19. Jahrhundert eigentlich gar nicht das Thema der Ostforschung waren, ging es doch vor allem um die Rolle der Deutschen im Osten und damit auch in Polen und um deutsch-polnische Beziehungen, wobei die Polen eher als das Objekt deutscher bzw. preußischer Politik betrachtet und behandelt wurden. Gerade letzteres macht deutlich, daß es einen fließenden Übergang von der borussischen Schule zur Ostforschung gab<sup>12</sup>, ein Übergang, der dann nach 1945 von einigen Historikern kurzerhand wieder rückgängig gemacht wurde – so als besinne man sich wieder auf gute Wissenschaftstraditionen. 1933 konnte Gerhard Ritter noch einen Aufsatz über die Haltung der preußischen Reformpolitiker zur polnischen Frage abschließen mit den Sätzen: „Allein der Staat, meint [Theodor von] Schön, gehört dem Reich der Freiheit an und hat demnach sittlichen Wert, die Nation aber ist ‚bloß Natur‘. Ein Staatsgedanke, der so nur im osteuropäischen Grenzraum formuliert werden konnte, weil die Begründung des Staates auf die Nation als bloße Gemeinschaft des Blutes, der Rasse, der natürlichen Volksgemeinschaft hier noch viel weniger zureicht zur sinnvollen Gestaltung politischer Lebensräume als im mittel- und westeuropäischen Bereich“.<sup>13</sup> Bis 1945 waren dann solche Sätze kaum mehr zu lesen, danach aber kamen sie wieder in Mode.

Eines der wichtigen Interpretamente der borussischen Schule war es, die preußische Polenpolitik im 19. Jahrhundert mit einem deutlichen Schwergewicht für die außen- bzw. mächtropolitischen Aspekte und Verursachungsfaktoren darzustellen. Walther Recke, Archivar in Danzig und einer der organisatorisch einflußreichen Ostforscher, stellte diese aus dem 19. Jahrhundert stammende Interpretationslinie 1927 auf die seit 1918 mit der Wiedererrichtung polnischer Staatlichkeit neu entstandene Situation ein mit seinem gelegentlich sogar noch heute (leider meist unkritisch) zitierten Buch „Die polnische Frage

<sup>12</sup> Die Kontinuität wird betont sowohl von BURLEIGH wie auch in der leider in Deutschland weitgehend nicht rezipierten, sehr ausführlich und differenziert argumentierenden Studie von HENRYK OLSZEWSKI: *Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech* [Das Fiasko einer Geschichtswissenschaft. Studie über die Geschichtsschreibung und die Geschichts-ideologie im imperialistischen Deutschland], Warszawa, Poznań 1982, vor allem S. 129ff. u. S. 378ff. Vgl. dazu auch KLAUS ZERNACK: Bemerkungen zur Geschichte und gegenwärtigen Lage der Osteuropahistorie in Deutschland, in: *Europa slavica – Europa orientalis. Festschrift für Herbert Ludat zum 70. Geburtstag*, hrsg. von KLAUS-DETLEV GROTHUSEN u. KLAUS ZERNACK, Berlin 1980, S. 542–559, hier S. 550–555; ebenfalls die beiden Einleitungskapitel von GÜNTHER STÖKL: *Das Studium der Geschichte Osteuropas von den Anfängen bis 1933*, und ERWIN OBERLÄNDER: *Historische Osteuropaforschung im Dritten Reich. Ein Bericht zum Forschungsstand*, in: *Geschichte Osteuropas. Zur Entwicklung einer historischen Disziplin in Deutschland, Österreich und der Schweiz 1945–1990*, hrsg. von ERWIN OBERLÄNDER, Stuttgart 1992, S. 3–11 und 12–30.

<sup>13</sup> GERHARD RITTER: *Die preußischen Staatsmänner der Reformzeit und die Polenfrage*, in: *Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen*, hrsg. von ALBERT BRACKMANN, München, Berlin 1933, S. 207–219, hier S. 219.

als Problem der europäischen Politik“.<sup>14</sup> Es ist kennzeichnend, daß sich bei dem wohl bekanntesten preußisch-deutschen Polenhistoriker der borussischen Schule, Manfred Laubert, aus Frankfurt/Oder stammend und stark in der Posener und schlesischen Provinzial- und Landesgeschichte verwurzelt, diese Interpretationslinie selten bis kaum findet. So wurde auch Laubert nicht an dem offiziösen, von mehreren Reichsministerien initiierten und geförderten und als deutscher wissenschaftlicher Angriff auf die vermeintliche polnische Tendenzwissenschaft im Vorfeld des Internationalen Historikerkongresses in Warschau 1933 intendierten Band „Deutschland und Polen. Beiträge zu ihren geschichtlichen Beziehungen“<sup>15</sup> beteiligt, während sich mit Recke, Hoetzsch, Ritter, Oncken und Rothfels die „andere Fraktion“ der borussischen Schule ein Stelldichein gab (natürlich neben dem Herausgeber Albert Brackmann sowie Aubin, A.O. Meyer u.a.); vor allem Oncken betonte hier, wie fast gleichzeitig Rothfels an anderer Stelle<sup>16</sup>, die mächtepolitische Bedingtheit auch innenpolitischer Entscheidungen der preußischen Polenpolitik.<sup>17</sup> Eine wirkliche Debatte ist eigentlich zwischen beiden Interpretationsrichtungen nie geführt worden, und sowohl Recke als auch Laubert wird man wohl zu den herausragenden Ostforschern unter den Historikern zählen. Vielmehr wurde versucht, beide Linien, die „volksgeschichtliche“ und die etatistisch-preußische, harmonisierend zusammenzuführen, so z.B. Wolfgang Kohte in dem abschließenden Kapitel seiner Arbeit über die „deutsche Bewegung“ in Posen 1848/49: „Realismus und Nationalismus, machtpolitisches und kämpferisches Denken hatten sich im Grenzland im Vorspiel von 1848 stärker ausgewirkt als im Binnendeutschtum. Inzwischen [nach 1871] hatten sie die gesamte deutsche Welt erobert und waren auch zu den wichtigsten Elementen der staatlichen Ostmarkenpolitik geworden. Nun standen sich staatliche Macht und nationaler Gedanke nicht mehr mit Spannung gegenüber; der Staat nahm sich jetzt mehr und mehr der völkischen Aufgaben im Osten an“.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> WALTHER RECKE: Die polnische Frage als Problem der europäischen Politik, Berlin 1927.

<sup>15</sup> Siehe Anm. 13; zu diesem Buch und seiner Entstehung vgl. OLSZEWSKI (wie Anm. 12), S. 133–135; BURLEIGH (wie Anm. 1), S. 59–70.

<sup>16</sup> Vgl. die Aufsatzsammlung von HANS ROTHFELS: Bismarck, der Osten und das Reich, Darmstadt 1960 – der erste Teil „Bismarck und der Osten“ war in verschiedenen Versionen 1932/34 erschienen.

<sup>17</sup> Diese Interpretationslinie ist keineswegs während des Dritten Reiches zurückgetreten und stellt eine Variante der Ostforschung aus borussischer Tradition dar, dafür spricht schon der Veröffentlichungsort von FRITZ HARTUNG: Der preußische Staat und die Grundfragen der politischen Geschichte des Nordostens in der Neuzeit, in: Deutsche Ostforschung. Ergebnisse und Aufgaben seit dem ersten Weltkrieg, hrsg. von HERMANN AUBIN, OTTO BRUNNER, WOLFGANG KOHTE, JOHANNES PAPRITZ, Bd. 2, Leipzig 1942, S. 84–103, hier S. 100.

<sup>18</sup> WOLFGANG KOHTE: Deutsche Bewegung und preußische Politik im Posener Lande 1848–49, Posen 1931, S. 207 (Deutsche Wissenschaftliche Zeitschrift für Polen. H. 21, Sonderheft).

Polen wurde in diesem Zusammenhang, d. h. als „Problem der europäischen Politik“, meist als reines Objekt und nicht als handelndes Subjekt angesehen, und wenn letzteres zur Sprache kommt, dann sind die Polen das anarchisierende Moment, die verärgert sind angesichts von zahlreichen „vorzeitig abgebrochenen Krisen, bei denen die Polen als die geborenen Gegner einer Weltbefriedung nicht auf ihre Kosten kamen“.<sup>19</sup> Lediglich als Instrument der französischen Politik „taugen“ sie etwas: Sie lassen sich ständig von der französischen (und britischen) Politik mißbrauchen (bestes Beispiel ist immer Napoleon), und schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts werden sie von den „raumfremden“ Ideen der revolutionären Demokratie aus Frankreich angesteckt; der nicht nur nationale, sondern auch ideologische Gegner ist klar, wenn Laubert 1927 über die Polen nach 1830 schreibt: „Die Patrioten hofften auf die Westmächte, und die Polen begannen, sich dem Gesamtliberalismus als Vorkämpfer der Revolution zu empfehlen. Fortan spielten sie bei allen europäischen Putschen eine wichtige Rolle“.<sup>20</sup> Als Politiker sind die Polen planlos<sup>21</sup> und maßlos<sup>22</sup>, „verderben alles durch ihre Unersättlichkeit“<sup>23</sup> und sind bloße Instrumente und somit auch im Grunde Verräter des eigenen Volkes: „Unter der Führung von Roman Dmowski hat die polnische Nationaldemokratie auf Geheiß Frankreichs den größten und wirtschaftlich sowie gesellschaftlich maßgebenden Teil des polnischen Volkes rückhaltlos an Rußland ausgeliefert“<sup>24</sup>, wobei die aktuelle Implikation dieser 1927 geschriebenen Sätze klar ist, wenn man einige Seiten weiter liest: „Der neue polnische Staat ist letzten Endes ein Geschöpf Frankreichs. Er ist dadurch aber auch mit einer Zwangshypothek zugunsten Frankreichs belastet; die polnische Politik kann und darf nur von Paris aus gemacht werden“<sup>25</sup> – allerdings, das muß betont werden, war diese Thematik keineswegs ein Produkt des Versailles-Traumas, sondern ist viel älteren Ursprungs, findet sich bei Clausewitz, Bismarck u. a. („das französische Lager an der Weichsel“).<sup>26</sup>

<sup>19</sup> HERMANN ONCKEN: Preußen und Polen im 19. Jahrhundert, in: Deutschland und Polen (wie Anm. 13), S. 220–237, hier S. 227.

<sup>20</sup> CLEMENS BRANDENBURGER, MANFRED LAUBERT: Polnische Geschichte, Berlin, Leipzig 1927, S. 132.

<sup>21</sup> Ebenda, S. 124: „bei ihrer Planlosigkeit“.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 126: „die maßlosen Ansprüche“.

<sup>23</sup> Ebenda, S. 123.

<sup>24</sup> RECKE (wie Anm. 14), S. 355; ähnlich 1939 Albert Brackmann: „Bismarck hatte auch nicht vergessen, daß Polen der alte Schützling Frankreichs und zugleich des russischen Liberalismus und Panslawismus war“ (ALBERT BRACKMANN: Krisis und Aufbau in Osteuropa. Ein weltgeschichtliches Bild, Berlin 1939, S. 58f.).

<sup>25</sup> RECKE (wie Anm. 14), S. 358.

<sup>26</sup> Auch ist diese Denktradition 1945 keineswegs abgebrochen, wie das materialreiche Werk von ERNST BIRKE: Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Politik und Geistesgeschichte, Köln, Graz 1960, in oft erstaunlicher, aber auch erschreckender Weise unter Beweis stellt.

Ein ebenso altes Muster liegt der Stereotypisierung der deutsch-polnischen Beziehungen im 19. Jahrhundert zugrunde nach dem Schema konstruktiv – destruktiv. Die deutsche bzw. preußische Seite verkörpert immer den Aufbau und den Fortschritt, die polnische Seite dementsprechend den Verfall, die Zerstörung, die Anarchie. Schon Wilhelm Jordan hatte diese dichotomisierende Stereotypisierung in seiner berühmt-berüchtigten Rede in der Polendebatte der Paulskirche Juli 1848 erfolgreich benutzt, und über Treitschke und Freytag wurde sie dann Teil des verbalen Instrumentariums der Ostforschung und erhielt hier wissenschaftliche Legitimation. Ihrem wertenden Sog konnte sich mental kaum ein Ostforscher entziehen; mit besonderer Meisterschaft benutzten sie Brackmann<sup>27</sup> und Aubin. Bei ersterem finden wir eine charakteristische Argumentation: Während der (natürlich selbstverschuldeten<sup>28</sup>) Staatenlosigkeit Polens mußte es „für die weitere Aufbauarbeit in Osteuropa ... daher entscheidend werden, wie Deutschland und Österreich sich zu ihr stellen würden“. Hier hat nun Österreich offensichtlich versagt, denn mit dem „Aufstieg des galizischen Polentums ... erklärt es sich, daß Galizien allmählich der Mittelpunkt des polnischen Nationalismus und Krakau ... der Hauptsitz der polnischen Bildung wurde“. „Was Österreich in diesem Zeitabschnitt vor dem Weltkrieg geleistet hat, kam also wesentlich den Polen zugute. Galizien war ein starkes Hindernis für jede positive Aufbauarbeit im Osten“.<sup>29</sup> Eine Kommentierung der Verteilung der Wertigkeiten erübrigt sich wohl. Das Schema der emotional wertenden Bilder (also der Stereotypen) wurde nach 1945 praktisch bruchlos fortgesetzt: So konnte Kurt Lücks Buch über „Deutsche Gestalter und Ordner im Osten“ von 1942 praktisch unverändert 1957 neu aufgelegt werden.<sup>30</sup>

<sup>27</sup> Als besonders prägnantes Beispiel: BRACKMANN, Krisis (wie Anm. 24).

<sup>28</sup> Mit einer interessanten Variante: „Die Geschichte zeigt als Grundfehler des polnischen Volkes den Mangel an Augenmaß für die Möglichkeiten und Bedingtheiten ihres staatlichen Daseins. Wenn ein Volk so eng durch die Lage seines Landes und durch die Geschichte seiner Kultur mit einem anderen Volk verbunden ist wie das polnische mit dem deutschen, so kann es diese Bande nicht lösen, ohne die Grundlagen seines Daseins zu gefährden“ – diese Begründung sollte nicht nur für das 18. Jahrhundert, sondern auch für 1939 gelten – ebenda, S. 53.

<sup>29</sup> Ebenda, S. 55 u. 62f.

<sup>30</sup> Deutsche Gestalter und Ordner im Osten. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum III, hrsg. von KURT LÜCK, Leipzig 1942; Deutsch-polnische Nachbarschaft. Lebensbilder deutscher Helfer in Polen, hrsg. von KURT LÜCK, 3. ver. u. erw. Aufl. von VIKTOR KAUDER, Würzburg 1957 – den wenigen Veränderungen lag weder ein Wechsel der Paradigmen noch der Wertigkeiten zugrunde. Für diese Haltung s. a. weitere Arbeiten des 1942 als Sonderführer der SS gefallenen KURT LÜCK: Deutsche Aufbaukräfte in der Entwicklung Polens. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum, Plauen 1934, und DERS.: Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur. Forschungen zur deutsch-polnischen Nachbarschaft im ostmitteleuropäischen Raum, Posen, Leipzig 1938. Vgl. KLESSMANN (wie Anm. 3), S. 371, 381f.

Fragt man nach den allgemeinen Vorstellungen einer internationalen Ordnung, die bei der Behandlung der Geschichte Polens des 19. und 20. Jahrhunderts, der deutsch-polnischen Beziehungen bzw. der sog. polnischen Frage Pate standen, so erweisen sie sich bei näherem Hinsehen als äußerst diffus: So ist es keineswegs die europäische Ordnung von vor 1914, zu der die Ostforschung der Zwischenkriegszeit zurück will, obwohl deren Legitimität nicht angezweifelt wird, aber sie wird doch als korrekturbedürftig im ethnisch-nationalen Sinne angesehen, und zwar offensichtlich im Sinne der deutschen Kriegsziele von vor 1914 und während des Ersten Weltkriegs; die Ordnung von 1918 wird als zutiefst illegitim erachtet, ja die Pauschalablehnung der sog. Versailler Ordnung ist wahrscheinlich einer der wichtigsten Begründungsfaktoren und Antriebskräfte der Ostforschung überhaupt. Hans Rothfels 1933: „Und so sehr die heutigen Grenzziehungen im Osten Mitteleuropas eine Revision nach der natürlichen und willensmäßigen Nationalität nicht nur zulassen, sondern gebieterisch fordern, so wenig wäre der konstruktivste Plan imstande, eine auch nur einigermaßen saubere Übereinstimmung von Staatsgrenzen und Volksgrenzen zu bewirken. Der Nationalstaat im westeuropäischen Sinne mußte hier zur wirklichkeitsfremden und lebensfeindlichen Theorie werden“.<sup>31</sup> Angesichts dieses hier angedeuteten Dilemmas nimmt es nicht wunder, wenn sich im Laufe der 30er Jahre eine zunehmende Unterwerfung unter die NS-Ordnungsvorstellungen feststellen läßt oder, genauer, ein ständiges Sich-Anbieten, diese Ordnungsvorstellungen mitzugestalten<sup>32</sup> – sie gehen damit immer stärker von Großraum- und Rasse-Kategorien aus. Nach 1945, als man meinte, das Deutschtum sei quasi auf seine karolingisch-ottonische Ausgangsposition zurückgeworfen worden<sup>33</sup>, werden dann sowohl die Ordnung der Jahre nach 1945 als auch die Versailler Ordnung allesamt als illegitim dargestellt, wobei jedoch außer einem diffusen Abendlandbegriff eigentlich keine neuen Ordnungsvorstellungen angeboten werden.

„... nicht die Verewigung einer Siegerkonjunktur oder die passive Hinnahme der Selbstzersetzung, sondern nur eine organische Neuordnung nach der Reife der Volkskräfte und nach dem Grad kultureller Leistung kann den östlichen Raum vor dem Chaos bewahren, das in ihm lauert und das ihm von außen droht. Die Pflicht der verantwortlichen Arbeit für eine solche Befriedung und Eindeichung wird nicht allein, aber vor allem auf den Schultern desjenigen Volkes liegen müssen, das am innigsten und umfassendsten seit Jahr-

<sup>31</sup> HANS ROTHFELS: Das Problem des Nationalismus im Osten, in: Deutschland und Polen (wie Anm. 13), S. 259–270, hier S. 259.

<sup>32</sup> Als Beispiel mag die Polendenkschrift von THEODOR SCHIEDER gelten, s. ANGELIKA EBBINGHAUS, KARL HEINZ ROTH: Vorläufer des „Generalplans Ost“. Eine Dokumentation über Theodor Schieders Polendenkschrift vom 7. Oktober 1939, in: 1999. Zs. für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), S. 62–94.

<sup>33</sup> HERMANN AUBIN: An einem neuen Anfang der Ostforschung, in: ZfO 1 (1952), S. 3–16.

hunderterten in den gesamten Lebensprozeß des Ostens verflochten ist“<sup>34</sup> – diese Sätze von Hans Rothfels aus dem Jahr 1933 konnten auch die Ereignisse und Folgen des Zweiten Weltkriegs nicht grundsätzlich infrage stellen: Auch 1952 veränderte sich die Perspektive auf die Zwischenkriegsordnung nicht: „Eine Ordnung dieses Raumes ohne Rücksicht auf seine starken Nachbarn, Rußland und Deutschland, und seine natürlichen Teilhaber, die Deutschen, ja gegen sie, konnte nur so lange bestehen, als diese durch ihre Niederlagen ausgeschaltet waren“.<sup>35</sup> So ist es dann auch konsequent, wenn 1952 unverhohlen der Nationalsozialismus gepriesen werden kann als derjenige, der „die Frage einer dauernden Ordnung des östlichen Mitteleuropa gestellt“ habe und der „mit dem Bekenntnis zum Nationalitätsprinzip für alle Völker“ angetreten sei, „das einen Ordnungsgedanken bot, dessen ernsthafte Anwendung wesentlichen Teilen der ostmitteleuropäischen Problematik Abhilfe versprach“; vor allem aber trat der Nationalsozialismus an „mit dem Bekenntnis unüberbrückbarer Gegnerschaft gegenüber dem Bolschewismus, das in der gemeinsamen Abwehr desselben alle abendländischen Kräfte, und namentlich des Ostraumes, vereinigen konnte“. Leider habe man „über die Spaltung in Demokraten und Faschisten die abendländische Gemeinschaftsaufgabe liegengelassen“. Lediglich Piłsudski habe die Bedeutung erkannt.<sup>36</sup> (Ähnlich positiv hatte sich schon 1939 Albert Brackmann über Piłsudski geäußert<sup>37</sup>). Mit dem nationalsozialistischen Programm habe sich, so Aubin 1952, die Möglichkeit geboten, „unter Anerkennung der deutschen Teilhaberschaft und mit entscheidender deutscher Hilfe das östliche Mitteleuropa neu zu ordnen und damit diesen Grenzwall des Abendlandes gegen das bolschewistische Rußland fest zu machen“. Gescheitert sei dies an der Maßlosigkeit Hitlers, „indem er in unterdrückenden Imperialismus umschlug und indem er mit Stalin den Nichtangriffspakt schloß“.<sup>38</sup> Angesichts dieser 1952 von einem Historiker, der dann mehrere Jahre lang das Amt des Vorsitzenden des Deutschen Historikerverbands innehatte, formulierten Sätze bleibt wohl nur noch die Bemerkung: Offensichtlich hätte man den Nationalsozialismus nicht einem böhmischen Gefreiten, sondern einem Ostforscher überlassen sollen!

<sup>34</sup> ROTHFELS, Das Problem (wie Anm. 31), S. 269f.

<sup>35</sup> AUBIN, An einem neuen Anfang (wie Anm. 33), S. 10.

<sup>36</sup> Ebenda.

<sup>37</sup> ALBERT BRACKMANN: Das Wesen der polnischen Geschichte, in: Unser Kampf in Polen. Die Vorgeschichte – Strategische Einführung – Politische und kriegerische Dokumente, München 1939, S. 5–12, hier S. 11f.; ähnlich in BRACKMANN, Krisis (wie Anm. 24), S. 53.

<sup>38</sup> AUBIN, An einem neuen Anfang (wie Anm. 33), S. 10f.; eine ähnliche zumindest partielle Rehabilitierung des Nationalsozialismus präsentierte Aubin noch etwas ausführlicher 1955 auf der Berliner Tagung des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, s. HERMANN AUBIN: Die Deutschen in der Geschichte des Ostens, in: HERMANN AUBIN: Grundlagen und Perspektiven geschichtlicher Kulturraumforschung und Kulturmorphologie. Aufsätze zur vergleichenden Landes- und Volksgeschichte, hrsg. von FRANZ PETRI, Bonn 1965, S. 766–796, hier S. 793–795.

Von Grundannahmen und Methode her mußte eine sich als Volksgeschichte und ethnohistorische Grenzlandforschung verstehende Ostforschung von einem rein ethnischen Nationskonzept ausgehen. Es stellt sich die Frage, wie sie mit den doch recht unterschiedlichen Denk- und Begriffstraditionen in Polen, was Begriffe wie „*naród*“ und „*lud*“ angeht, umging. Das Ergebnis lautet schlicht: weitgehend überhaupt nicht. Der traditionelle polnische Nationsbegriff, ein zunächst ständisch beschränktes Reichsnationskonzept, das als politisches Nationskonzept im 19. Jahrhundert weiterentwickelt wurde und erst spät in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auch ethnische Elemente in sich aufnahm, blieb den deutschen Ostforschern weitgehend unbekannt und fremd. Da ist dann von einem „Nationalismus der Erinnerungen“ die Rede<sup>39</sup>, häufig wird betont, die politischen Bestrebungen der polnischen Nationalbewegung seien rein restaurativ (Adelsrepublik) gewesen, und so kann dann Manfred Laubert mit einer gewissen Häme über die westlichen Polenfreunde sagen: „Die Wiederherstellung der untergegangenen Adelsrepublik war ein Hauptziel der auswärtigen Politik der Arbeiterschaft Deutschlands, Frankreichs und Englands“.<sup>40</sup> Stattdessen ist dann von der (natürlich vor allem von den Deutschen bzw. von der preußischen Politik angeregten) Entwicklung eines polnischen Mittelstands die Rede, und daß die nationale Bewußtwerdung der bauerlichen Schichten einzig und allein das Werk des katholischen Klerus sei. Die Verbindung von Katholizismus und polnischem Nationalismus gibt vielfach Gelegenheit zu entsprechenden eindimensionalen Aussagen und Stereotypen, sowohl was die Rolle der Geistlichkeit, die als fanatisch antideutsch geschildert wird, als auch den Charakter des polnischen Nationalismus angeht. Gotthold Rhodes Aufsatz „Nationalistisches Polentum und Katholizismus“<sup>41</sup> kann da als „gutes“ Beispiel gelten, dessen denunziatorische Funktion allerdings in erschreckendem Maße deutlich wird, wenn man sich vergegenwärtigt, wie gerade im Jahr der Veröffentlichung dieses Aufsatzes 1940 mit der polnischen Geistlichkeit von Seiten der deutschen Besatzer vor allem im sog. Warthegau, der Heimat des Autors, verfahren wurde.

Ein ständiges Thema der deutschen Historiographie zu den deutsch-polnischen Beziehungen im 19. Jahrhundert bis heute ist die Frage nach dem nationaldeutschen oder rein etatistischen Charakter der preußischen Polenpolitik. Die Antworten der Ostforschung fielen hier unterschiedlich aus: Entweder versuchte man nachzuweisen, daß die preußische Polenpolitik bis in die Bismarckzeit hinein keineswegs nationaldeutsch motiviert gewesen sei, sondern es einzig um die Lebensinteressen des preußischen Staates gegangen sei; also dürfe man bei Flottwell und auch bei Bismarck eigentlich gar nicht von Ger-

<sup>39</sup> AUBIN, An einem neuen Anfang (wie Anm. 33), S. 8.

<sup>40</sup> BRANDENBURGER/LAUBERT: Polnische Geschichte (wie Anm. 20), S. 136.

<sup>41</sup> GOTTHOLD RHODE: Nationalistisches Polentum und Katholizismus, in: Jb. des Ost-europa-Instituts zu Breslau 1940, S. 73–110.

manisierung reden – diese Argumentation ist offensichtlich als Abwehr gegen entsprechende Interpretationen von polnischer Seite gedacht. Auf der anderen Seite aber werden sog. „Versöhnungs“-Perioden, in denen nicht germanisiert wurde (1815–30, 1840–48, Caprivi-Ära), als Perioden der Schwäche bezeichnet, in denen man zuvor gewonnenes Terrain verloren habe. Der „Volkstums-kampf“ im Kaiserreich und besonders in der wilhelminischen Ära habe gezeigt, daß die Polen eben doch ein ernstzunehmender Gegner seien, und da sei es zu bedauern, daß man ihnen in sträflicher Nachlässigkeit zuvor allzuviel Terrain überlassen habe. Zum einen wird gesagt, die preußische Polenpolitik sei nicht national gewesen (so vor allem nach 1945, quasi als Ehrenrettung, um dem Vorwurf der Kontinuität Friedrich der Große – Bismarck – Hitler zu begegnen), dann wieder, vor allem vor 1945, sie sei es (vor allem Flottwell) insgeheim doch gewesen, hier hätten Vorläufer Großes geleistet. Dagegen wird aber in der NS-Zeit häufig eingewendet: Germanisierung um jeden Preis sei eine verfehlte Politik gewesen, wenn sie nicht auf den entsprechenden rassekundlichen Kenntnissen beruhte, Assimilierung führe zu nichts, eher sei die Dissimilationspolitik der Nationalsozialisten die richtige. Nach 1945 dann immer wieder der Versuch, Bismarck von dem Ruch des Polen-Fressers zu befreien, als ob der sog. „eiserne Kanzler“ der einzige gewesen sei, die deutsch-polnische Problematik zu lösen.<sup>42</sup> Ebenso wie auch anderswo wird der Streit über die deutschnationalen Motivationsaspekte der preußischen Polenpolitik weitergehen, auch wenn mancher der Beteiligten sich heute kaum mehr der Traditionslinien bewußt ist, in denen er steht.

Der Überblick, den ich hier zu geben versuchte, konnte nur sehr selektiv und unvollständig sein. Daß die Bilder und Vorstellungen vielfältig waren und doch, mit Variationen, was die verbale Vehemenz angeht, mehr oder weniger in die gleiche Richtung liefen, macht der Umstand deutlich, daß generell immer die polnische Seite als die angreifende Seite dargestellt wird.<sup>43</sup> Liest man die deutsche Historiographie, dann erhält man den Eindruck, Preußen und Deutschland seien in einen ständigen schweren Abwehrkampf gegen Polen verwickelt gewesen: Bismarck z. B. entschloß sich nach 1871 zu „Abwehrmaßnahmen“ und „eröffnete den Kampf durch die Sprachen- und Schulgesetze der nächsten Jahre mit geistigen Waffen, um eine gewaltsame Polonisierung (sic!)

<sup>42</sup> So bei ROTHFELS und auch bei WERNER FRAUENDIENST: Preußisches Staatsbewußtsein und polnischer Nationalismus. Preußisch-deutsche Polenpolitik 1815–1890, in: Das östliche Deutschland. Ein Handbuch, hrsg. vom Göttinger Arbeitskreis, Würzburg 1959, S. 305–362, passim.

<sup>43</sup> Das trieb gelegentlich seltsame Blüten: „Manche Orte haben in wenigen Jahrzehnten ihr volkliches und bekenntnismäßiges Gesicht vollkommen gewandelt. Die Urvolkung kam in Gang. Die schon erwähnte Neigung zu Mischehen, die von der anderen Seite gerade zur Unterhöhnung der deutschen Vormacht erstrebt wurde, förderte diese Entwicklung“ – ERICH KEYSER: Die Erforschung der Bevölkerungsgeschichte des deutschen Ostens, in: Deutsche Ostforschung (wie Anm. 17), Bd. 1, S. 90–104, hier S. 101.

und die Wirksamkeit der Kirche auszuschalten“.<sup>44</sup> Dieses Bild vom unablässig angreifenden polnischen Gegner findet sich bis zu Martin Broszats berühmtem Buch „200 Jahre deutsche Polenpolitik“ von 1963, als das erste Mal dieses Paradigma verlassen wird. Umgeben von einem Meer ständig angreifender Feinde – diese deutsche Kollektiv-Neurose ist (auch) eines der Kennzeichen der deutschen Ostforschung, und deswegen bleibt deren mentalitätsgeschichtliche Aufarbeitung ein dringendes Desiderat.

<sup>44</sup> BRANDENBURGER/LAUBERT: *Polnische Geschichte* (wie Anm. 20), S. 146.

### Summary

#### *Some remarks on the German "Ostforschung" and its notion of nineteenth-century Polish history*

Studying the German Ostforschung cannot and should not be reduced to an intrinsically academic subject matter, because its role, preconditions and results are too complex and too important, not only for academic research and society in Germany, but also for the societies of Eastern Central Europe. This article therefore proposes an approach that rather focuses on the history of thought and (also) traces the mental factors and dispositions which caused most scholars devoted to the Ostforschung to regard the political goals of the Nazi-regime as the realization of their own ideas.

Since the late 1920s, there has been a gradual shift from the Borussian school of thought to the Ostforschung, resulting in the attempt to merge the state-centred Prussian line with the latter's ethnicity-centred view. Poland is always depicted as a mere object in Prussian politics or as an instrument of France, while the German-Polish relationship is generally presented in the stereotyped terms of a "constructive-destructive"-scheme. There is no understanding of the complex development of the Polish national consciousness, because the Ostforschung itself purports a concept of the nation that is entirely centred on the ethnic aspect. A closer look reveals that the general notion of an international order underlying the treatment of the German-Polish relationship and the so-called Polish question was extremely confused; it was ultimately aimed at correcting the "old order" (as it had existed prior to 1914) in accordance with the German goals in World War I. Not only did these views legitimize Prussian-German policies, but also the scholars' own historiographical approach to the subject with its emphasis on a destructive aggression on the part of "the Poles" (despite their object-role), which again paid tribute (and sometimes still does) to the collective neurosis of Germany "being surrounded by a sea of enemies permanently ready for attack" (shifted with seeming verbal objectification to "the problem of the centre situation" after 1945).